

Federführender Bereich Schule und Sport		Beteiligte Bereiche		
Vorlage für Schulausschuss				
<u>Betrifft:</u> (ggf. Anlagen bezeichnen) Antrag der Rheinschule auf Umwandlung in eine Offene Ganztagschule				
Namenszeichen des federführenden Bereichs Leiter/in		Sachbearbeiter/in	Datum 14.11.2006	
Namenszeichen				
Beteiligte Bereiche			Fachdezernent	Kämmerer
				Bürgermeister
Bearbeitungsvermerk				

Sachbearbeiter/in: Herr Jürgen Marx
Datum: 14.11.2006

öffentlich

nichtöffentlich

Beratungsfolge:

Schulausschuss

Betreff:

Antrag der Rheinschule auf Umwandlung in eine Offene Ganztagschule

Beschlussentwurf:

Dem Antrag der Rheinschule auf Umwandlung in eine Offene Ganztagschule ab dem Schuljahr 2007/2008 wird unter der Voraussetzung stattgegeben, dass die zu beantragenden Landes- und Bundesmittel bewilligt werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Anträge zur Errichtung einer Offenen Ganztagschule fristgerecht bei der Bezirksregierung Köln einzureichen.

Dabei wird davon ausgegangen, dass mit der Schule und dem Träger der OGS-Maßnahme Einvernehmen über den Umfang der von der Stadt zur Verfügung zu stellenden Mittel erzielt wird.

Sachdarstellung:

1. Problem

Mit Schreiben vom 06.11.2006 beantragt die Rheinschule die Einrichtung einer Offenen Ganztagschule mit Beginn des Schuljahres 2007/2008.

Ein entsprechender Beschluss der Schulkonferenz liegt vor.

2. Lösung

Für die Umwandlung der Rheinschule in eine Offene Ganztagschule ist ein entsprechender Beschluss des Schulausschusses erforderlich.

Das pädagogische Ganztagskonzept der Rheinschule ist in der Anlage beigefügt.

Nach derzeitigem Stand ist mit etwa 75 zu betreuenden Kindern im offenen Ganztags ab dem Schuljahr 2007/2008 zu rechnen.

Als Kooperationspartner für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote sind Rapunzel Kinderhaus e.V., Johanniter Unfallhilfe e.V. und „Schule mit Herz e.V.“ im Gespräch.

Die Entscheidung der Schulkonferenz hierüber erfolgt im Dezember 2006.

Für Investitionen zum Ausbau in eine Offene Ganztagschule werden Bundesmittel in Höhe von 345.000 € erwartet.

Die Höhe der Landesfördermittel für die Durchführung der außerunterrichtlichen Angebote sind bereits beschrieben.

3. Alternativen

Werden von der Verwaltung nicht vorgeschlagen.

4. Finanzielle Auswirkungen

Sind beschrieben.